Protokoll:

Die BIZ-Fraktion erklärt ihre Zustimmung zur Beschlussvorlage. Der neue § 2 b UStG führe zu einer Verkomplizierung der Verwaltungsvorgänge und werde eine Steigerung der Personalkosten mit sich ziehen. Es handele sich hierbei um eine Politik der Länder zu Lasten der Kommunen. Aus diesem Grund bittet Rm Wefelscheid (BIZ-Fraktion) Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig um eine Eruiierung und Gegenüberstellung der durch die neue Umsatzsteuerregelung entstehenden Mehrkosten mit den Mehreinnahmen von Seiten des Landes. Er regt die kommunale Forderung an, dass das Land die Kosten kompensieren solle, die der Kommune durch die Neuregelung entstehen.

Rm Lehmkühler (SPD-Fraktion) entgegnet, die Länder und der Bund seien von der Neuregelung auch betroffen und diese führe aufgrund zusätzlicher Kosten eher zu einem Nachteil für die Bevölkerung. Nach einem Entwurf des Bundesfinanzministeriums seien bestimmte Bereiche weiterhin von der Umsatzsteuerpflicht ausgenommen. Sobald die Verwaltung nähere Informationen hierzu habe, solle die Politik darüber informiert werden. Wichtig sei es vor allem, einen Weg zu finden, auf dem die Bevölkerung so wenig wie möglich belastet werde.

Frau Brockmann-Kneip (Leiterin Kämmerei) erklärt zum Hintergrund der Änderung, dass das Ziel eine Angleichung der Wettbewerbschancen sei und bestätigt, dass es hierdurch wahrscheinlich zu einem Personalmehrbedarf kommen wird.

Es wird eine Unterrichtung über die weiteren Entwicklungen zugesagt.